

Teilnahmeantrag

Zentraler Omnibusbahnhof Göppingen, Interim

VgV-Verfahren mit Teilnahmewettbewerb
Verkehrsplanung gem. § 45-48 HOAI, LPH 1-3,5-8,+9,
sowie besondere Leistungen:
Erstellen des Betriebskonzepts für den Interims-ZOB,
örtliche Bauüberwachung

Inhaltsverzeichnis

Hinweise zur Bewerbung.....	3
Formblatt Eigenerklärung	4
Formblatt Eigenerklärung RUS.....	5
Formblatt Bewerbergemeinschaft Arge.....	6/7
Nachweis wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....	8
Hinweise zu den Referenzen / Bewertung.....	9
Formblatt Referenz A.....	10
Formblatt Referenz B.....	11
Datenschutzrechtliche Vorgaben.....	12-14
Liste der einzureichenden Unterlagen.....	15

Hinweise zur Bewerbung

1. Es gelten die Hinweise in der EU Veröffentlichung.
2. Die Bewerbung ist in deutscher Sprache zu verfassen.
3. Die Bewerbung ist vollständig in Druckschrift oder maschinell auszufüllen.
4. Jede/r Teilnehmer/in hat seine Teilnahmeberechtigung sorgfältig zu prüfen.
Die Teilnahme erfolgt in eigener Verantwortung.
5. Teilnahmeberechtigt sind natürliche, bzw. juristische Personen, die gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates zum Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur/in berechtigt sind.
6. Bewerbergemeinschaften (BG) füllen bitte das Formblatt Bewerbergemeinschaften auf den Seiten 6/7 des Bewerbungsbogens aus. Dabei sind auf Seite 6 des Formblatts in jeder Zeile die Angaben zu beiden BG-Partnern zu hinterlegen. Alternativ kann das Formular kopieren und für jeden der beiden BG Partner ausgefüllt werden. Auf Seite 7 des Formblatts ist eine Person als bevollmächtigter Vertreter für die gesamte Bewerbergemeinschaft zu benennen. Arbeitsgemeinschaften mit gesamtschuldnerischer Haftung (ArGe) füllen bitte ebenfalls das Formblatt auf den Seite 6/7 aus, mit eindeutiger Kennzeichnung als Arbeitsgemeinschaft.
7. Der/die federführende Verfasser/in bzw. bevollmächtigte/r Vertreter/in unterzeichnet bei elektronischer Abgabe in Textform durch ausgeschriebenen Vor- und Zuname
 1. Eigenerklärung, Seite 4 und Seite 5
 2. Bewerbungsformblatt, Seite 7
8. Die Bewerbung ist bis **17.03.2025 11:00 Uhr** elektronisch in Textform als pdf-Datei einzureichen beim Verfahrensbetreuer über die Vergabeplattform.

Einsendungen per Post, Fax oder Email werden nicht berücksichtigt.
9. Bewerber, die bis zum 17.05.2025 keine Nachricht erhalten haben, nehmen nicht am weiteren Verfahren teil.

Eigenerklärung | Unterschrift

Ich versichere/ wir versichern mit der Unterzeichnung die Richtigkeit aller Angaben,

1. dass keine Ausschlussgründe vorliegen (Art. 57 Richtlinie 2014/24/EU).
2. dass die Vorgaben des öffentlichen Auftraggebers zur Eignung (Art. 58 Richtlinie 2014/24/EU) erfüllt werden mit Blick auf
 - a) die Befähigung zur Berufsausübung
 - b) die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie
 - c) die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen).
3. dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.
4. dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB).
5. Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB)
6. dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)
7. dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)
8. dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).
9. dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmer-entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt.
10. dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben.

Die Nachweise, dass die Eignungskriterien erfüllt werden, können jederzeit vom Unternehmen vorgelegt wird.

Datum | Vor- und Nachname Bewerber/in

Eigenerklärung | Verbot Beteiligung russischer Unternehmen | Unterschrift

1. Ich/wir erkläre/n, dass wir nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.

2. Ich/wir erkläre/n, dass am Verfahren unsererseits keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf solche Unternehmen entfallen).

Hinweis: Verboten sind nicht nur direkte Auftragsvergaben an RUS Unternehmen i.S.d Vorschrift, sondern es ist auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer oder Lieferant untersagt, soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf RUS Unternehmen entfallen. Dasselbe gilt, wenn RUS Unternehmen im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (sog. Eignungsleihe) benannt wurden, soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf RUS Unternehmen entfallen.

Datum | Vor- und Nachname Bewerber/in

Formblatt | Verkehrssplaner/in | Bewerbergemeinschaft

Ich bewerbe mich als: bitte ankreuzen

Natürliche Person | Einzelunternehmung

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Partnerschaftsgesellschaft gemäß Partnerschaftsgesetz

Juristische Person z.B. Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Bewerbergemeinschaft

ARGE (Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung)

Bitte bestätigen Sie Angaben auf diesem Formblatt mit Ihrer Unterschrift auf Seite 7

Bürobezeichnung | Bezeichnung der Bewerbergemeinschaft | Name, Vorname des/der Verfassers/in

Straße | PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Fachrichtung | Kammer | Kammer-Nummer | Eintragungsort | seit

Bürogründung

Formblatt | Bevollmächtigte/r Vertreter/in der BG

Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Partnerschaftsgesellschaft gemäß Partnerschaftsgesetz,
Juristische Person z.B. Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bürgerbergemeinschaft,
ARGE (Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung)

Name | Vorname

Straße | PLZ | Ort

Telefon | E-Mail

Fachrichtung | Kammer | Kammer-Nummer | Eintragungsort | seit

Datum | Vor- und Nachname bevollmächtigte/r Vertreter/in bzw.natürliche Person

Nachweis wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit 2022-2024

Gesamtumsatz netto für Verkehrsanlagen gem. §§ 45-48 HOAI

2021

2022

2023

2024,
falls
vorliegend

Anzahl Mitarbeiter/innen inkl. Führungskräfte für Verkehrsanlagen gem. §§ 45-48 HOAI

2022

2023

2024

Hinweise zum Nachweis der Referenzen

1. Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern.
Es können 2 Referenzen gewertet werden.
Referenz A ist zwingend erforderlich, die Referenz B ist optional.
In jeder Referenzkategorie kann jeweils nur 1 Projekt gewertet werden.
Mehrfachnennungen sind nicht möglich.
2. Die Referenzen müssen im Büro des Bewerbers erbracht worden sein.
3. Die Projekte sollen auf einem Projektblatt DIN A4 dargestellt werden durch:
Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten und eine Abbildung, mind. 1 Foto des Gebäudes (keine Renderings) zum Nachweis der Realisierung.
Für weitere Referenzen können die jeweiligen Formblätter kopiert und eingeordnet werden.
4. Die Referenzen einer Bewerbungsgemeinschaft können von jeweiligen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft verfasst sein.

Bewertungsmatrix Eignungskriterien:

Punktzahl gesamt: 500 Pkte

- | | |
|--|-----------------|
| 1. finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (insgesamt 20%)
(Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur) | 100 Pkte |
| 2. Technische Leistungsfähigkeit (insgesamt 80%) | |
| max. 200 Punkte für Referenz A (40%), | 200 Pkte |
| max. 200 Punkte für Referenz B (40%), | 200 Pkte |

Formblatt Referenz A (zwingend)

Nachweis der Verkehrsplanung gem. HOAI eines realisierten und vergleichbaren Projekts, Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen, ZOB wird höher bewertet.

Kriterien der Vergleichbarkeit: ZOB oder Platz mit Busverkehr und -haltestellen, Interimslösung

Mindestanforderungen:

- o Nachweis der Verkehrsplanung eines realisierten vergleichbaren Projekts zum Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen
- o Baukosten netto mind. 500.000 € netto
- o Leistungszeitraum 2014 – 2024
- o Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2-3, 5-8) im Unternehmen

Projektbezeichnung

Bauherr/Auftraggeber

Verfasser/in

Fertigstellung | Jahr

Nettobaukosten

bearbeitete LPH
nach HOAI

Vergleichbarkeit: ZOB oder Platz mit Busverkehr und -haltestellen, Interimslösung

Vergleichbarkeit
bitte in Stichworten

ZOB oder Platz mit
Haltestellen, Interim

Formblatt Referenz B (optional)

Nachweis der Verkehrsplanung gem. HOAI eines realisierten und vergleichbaren Projekts, Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen, ZOB wird höher bewertet.

Kriterien der Vergleichbarkeit: ZOB oder Platz mit Busverkehr und -haltestellen, Interimslösung

Mindestanforderungen:

- o Nachweis der Verkehrsplanung eines realisierten vergleichbaren Projekts zum Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen
- o Baukosten netto mind. 500.000 € netto
- o Leistungszeitraum 2014 – 2024
- o Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2-3, 5-8) im Unternehmen

Projektbezeichnung

Bauherr/Auftraggeber

Verfasser/in

Fertigstellung | Jahr

Nettobaukosten

bearbeitete LPH
nach HOAI

Vergleichbarkeit: ZOB oder Platz mit Busverkehr und -haltestellen, Interimslösung

Vergleichbarkeit
bitte in Stichworten

ZOB oder Platz mit
Haltestellen, Interim

Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Die Ausloberin (Stadt Göppingen, im folgenden Ausloberin) verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Andreas Christ, Abteilungsleitung Mobilität und verkehrliche Infrastruktur
AChrist@göppingen.de , Telefon 07161 - 650-8510

2. Wie sind die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten?

datenschutz@göppingen.de (Stadt Göppingen),
datenschutzbeauftragte@komm.one (Fa. Komm.ONE)

3. Was sind die Rechtsgrundlage und der Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

Die Ausloberin hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB und die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO und Art. 6 Abs. 1 lit. b und c DSGVO. Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartner/innen der Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Daten zu Ausschlussgründen i.S.v. §§ 123 bis 126 GWB Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

5. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt.

6. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß §134 GWB über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 30 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (künftig: Wettbewerbsregister) einholen.
- Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer).
- Gerichte im Falle von Klagen.

7. Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

8. Welche Rechte haben betroffene Personen?

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO.

In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit.

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – eine Vervollständigung verlangt werden.

Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.

Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Widerruf

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
(LfDI BW) Königstraße 10 a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/61 55 41 – 0
Telefax: 0711/61 55 41 – 15
<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/>

Liste der einzureichenden Unterlagen

Teilnahmeantrag Seite 1 - 15

unterschriebene Eigenerklärung Seite 4

unterschriebene Eigenerklärung Seite 5

ausgefüllte und unterschriebene Formblätter Seite 7

Referenzblatt A + Nachweis

Referenzblatt B + Nachweis